

RECHTSDEUTSCH I

Die obersten Bundesgerichte & Grundrechte

DIE OBERSTEN BUNDESGERICHTE



DIE OBERSTEN BUNDESGERICHTE



ORGANISATION DER RECHTSPRECHENDEN GEWALT

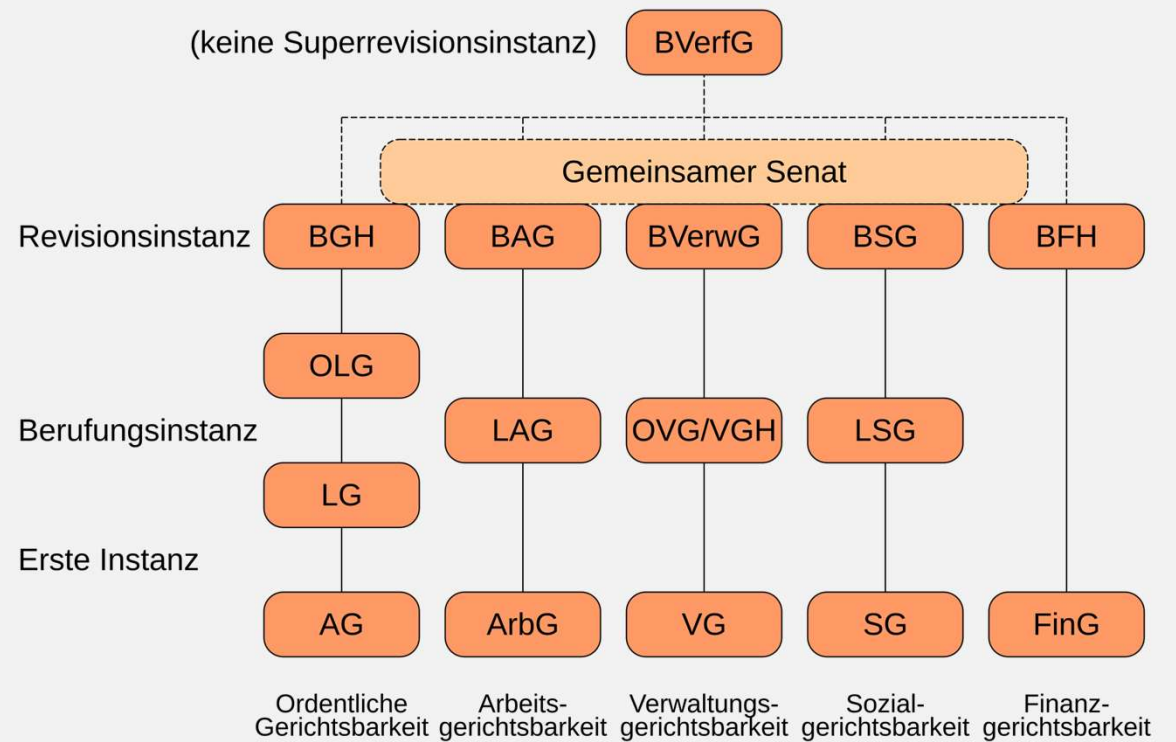
Bundesstaatliche
Kompetenzverteilung nach
Art. 92ff. GG (Bund nur in
ausdrücklich vorgesehenen
Fällen zuständig für die
Bildung von Gerichten)

Rechtsstellung der Richter
nach Art. 97, 98 GG:
persönliche und sachliche
Unabhängigkeit

Verfahrensgrundrechte:
Rechtliches Gehör (Art. 103
Abs. 1 GG); Recht auf
gesetzlichen Richter (Art. 101
Abs. 1 S. 2 GG); Grundsatz
des fairen Verfahrens

DIE OBERSTEN BUNDESGERICHE

- Genannt in Art. 95 GG
- Genaue Abgrenzung der Zuständigkeiten der Gerichtshöfe
- Weitere gesetzliche Regelungen im „Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes“
- Bei Detailfragen: Gemeinsamer Senat der obersten Bundesgerichte
- Keine grundsätzliche Bindung an die Urteile der Gerichte



ENTSCHEIDUNGSSAMMLUNGEN DER GERICHTE

- Bundesverwaltungsgericht: Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwGE)
- Bundesgerichtshof:
 - Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (BGHZ)
 - Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (BGHSt)
- Bundesarbeitsgericht: Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (BAGE)
- Bundessozialgericht: Entscheidungen des Bundessozialgerichts (BSGE)
- Bundesfinanzhof: Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (BFHE)



DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- Selbstständiges und unabhängiges Verfassungsorgan der Justiz und oberster Gerichtshof auf Bundesebene → Doppelfunktion
- Gründung: 07. September 1951
- Hauptsitz: Karlsruhe (§ 1 Abs. 2 BVerfGG)
- „Hüter der deutschen Verfassung“
- Aufhebungsbefugnis aller Gerichtsentscheidungen anderer Gerichte
- Keine „Superrevisionsinstanz“

VERFAHREN VOR DEM BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Parteiverbotsverfahren,
Art. 21 Abs. 2 GG, §§ 13
Nr. 2, 43 ff. BVerfGG

Wahlprüfung (als letzte
Instanz), § 48 Abs. 1
BVerfGG

Präsidentenanklage, Art.
61 GG, §§ 49 ff.
BVerfGG

Organstreitverfahren,
Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG,
§§ 13 Nr. 5, 63 ff.
BVerfGG

Abstrakte
Normenkontrolle, Art.
94 Abs. 1 Nr. 2 GG, § 13
Abs. 1 Nr. 6 BVerfGG

Konkrete
Normenkontrolle, Art.
100 Abs. 1 GG, § 80 Abs.
1 BVerfGG

Verfassungsbeschwerde,
Art. 94 Abs. 1 Nr. 4a
GG, §§ 13 Nr. 8a, 90, 92
BVerfGG

Bund-Länder-Streit, Art.
94 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§
13 Nr. 7, 68 ff. BVerfGG

DIE RICHTER AM BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Präsident: Prof. Dr. Stephan Harbarth

Besetzung: Zwei Senate mit je acht Richtern

Amtszeit: Zwölf Jahre (Altersgrenze 68 Jahre)

Voraussetzungen:

Wählbar ist, wer mindestens 40 Jahre alt ist
und die Befähigung zum Richteramt besitzt

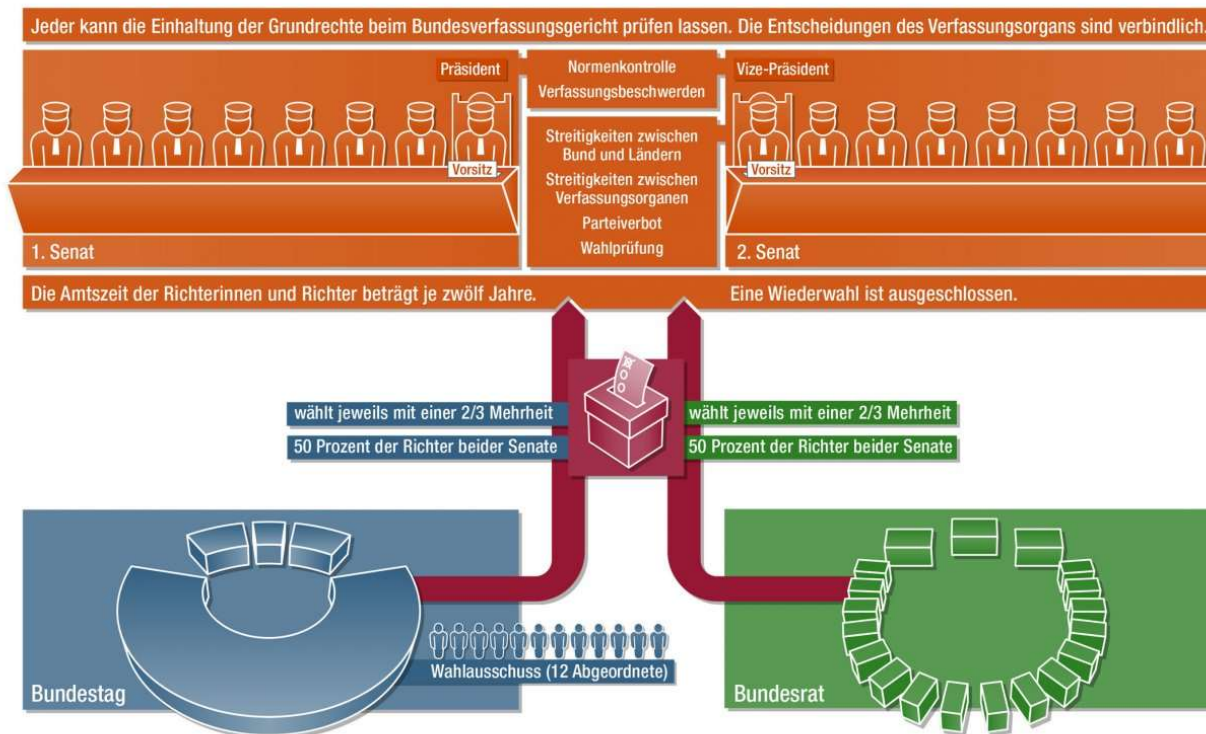
Keine Zugehörigkeit zu anderem höchsten
Bundes- oder Landesorgan





Bundesverfassungsgericht

Organisation und Beispiele für Aufgaben



Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de



RICHTERWAHL

GRUNDRECHTE

ART. I GG

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.



ART. 79 ABS.
3 GG

GRUPPENAUFGABE

Welche Arten von
Grundrechten gibt
es?

Wer wird durch
die Grundrechte
geschützt?

Welche Funktion
haben
Grundrechte?

Wer wird durch
die Grundrechte
gebunden?

Kann jemand
seine
Grundrechte
verlieren?

- I. Schutzbereich
 - 1. Persönlich
 - 2. Sachlich
- 2. Eingriff
- 3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung



DIE PRÜFUNG VON GRUNDRECHTEN

DER SCHUTZBEREICH VON GRUNDRECHTEN

- 1. Sachlich
 - Frage: Welches Verhalten soll durch das Grundrecht geschützt werden?
- 2. Persönlich
 - Frage: Wer soll durch das jeweilige Grundrecht geschützt werden
 - Problemfeld: Ausländer/EU-Bürger

DER EINGRIFF IN GRUNDRECHTE

- Moderner Eingriffsbegriff: Jedes staatliche Handeln, das dem Einzelnen ein Verhalten, das in den Schutzbereich eines Grundrechts fällt, ganz oder teilweise unmöglich macht.

BESCHRÄNKUNGSMÖGLICHKEITEN VON GRUNDRECHTEN

- Gesetzesvorbehalt: Die Verfassung stellt ausdrücklich die Möglichkeit einer Einschränkung des Grundrechts durch oder aufgrund eines Gesetzes fest
 - Einfacher Gesetzesvorbehalt
 - Qualifizierter Gesetzesvorbehalt
- Schrankenlose Grundrecht: Einschränkung durch Grundrechte Dritter oder sonstige geschützte Rechtspositionen
 - Beispiele:
 - Religionsfreiheit, Art. 4 Abs. 1, 2 GG
 - Wissenschaftsfreiheit, Art. 5 Abs. 3 GG



ÜBUNG 1: GRUNDRECHTE

Welche Grundsätze und Grundrechte finden sich in den angegebenen Artikeln des Grundgesetzes? Wählen Sie aus den Vorgaben im grauen Kasten